



Verfassung
des
Kantons Wallis
vom 8. März 1907

Stand vom 1. Dezember 1995

PA
36.228



Verfassung
des
Kantons Wallis
vom 8. März 1907

Bibl. cant. VS Kantonsbibl.



1010208797

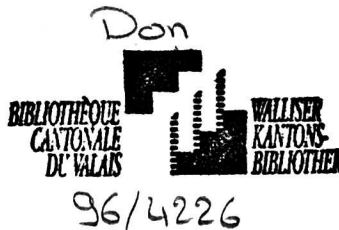
Stand vom 1. Dezember 1995

2'224'424

PA 36.228

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungen	2
Verfassungsgeschichtlicher Überblick	3
Teilrevisionen	7
Verfassungstext	11
Sachregister	30



Abkürzungen

ABl	Amtsblatt des Kantons Wallis
AS	Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Neue Folge (seit 1874).
GS/VS	Sammlung der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse des Kantons Wallis (seit 1815).
BBl	Bundesblatt.
Bd. I, II usw.	Band der amtlichen kantonalen Gesetzessammlung (GS/VS). Die römischen Zahlen bezeichnen den Band und die anderen Ziffern verweisen auf die Seitenzahlen.
BV	Bundesverfassung.
BVers	Bundesversammlung.
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts (seit 1970).
SGS/VS	Systematische Gesetzessammlung der Republik und des Kantons Wallis (seit 1954). Die römischen Zahlen bezeichnen den Band; Nr. 1, 2 usw. bezeichnen die Ordnungsnummer des jeweiligen Erlasses.

Verfassungsgeschichtlicher Überblick

Die Gesetzessammlung des Kantons Wallis beginnt mit der Staatsverfassung der Republik Wallis vom 30. August 1802. Ihr ging jene vom Jahre 1798 voraus, die der vom Direktorium Frankreichs aufgestellten Vorlage getreu entsprach. Das Volk war vom öffentlichen Leben ausgeschlossen und übte seine Rechte nur durch Repräsentanten aus. Diese Verfassung galt indessen nur kurze Zeit, da das Wallis im gleichen Jahre schon mit der helvetischen Republik vereinigt wurde.

Die Verfassung von 1802, die ihm die helvetische, die französische und die zisalpine Republik auferlegten, wurde dem Walliser Volk nicht zur Genehmigung unterbreitet. Sie machte aus dem Wallis einen freien und unabhängigen Staat unter der Protektion der drei Republiken und sicherte Frankreich die freie Benutzung der Strasse von Saint-Gingolph bis zum Simplon zu. Das Land war in 12 Zenden oder Bezirke eingeteilt. Als gesetzgebende Behörde amtierte ein Landrat, der aus den Deputierten der Zenden zusammengesetzt war. Die Abgeordneten wurden vom Zendenrat gewählt, und zwar ein Deputierter auf 2000 Seelen. Es konnten nur Bürger, die öffentliche Ämter bekleidet hatten sowie Offiziere und Notare gewählt werden. Als vollziehende Behörde amtierte ein aus drei Mitgliedern bestehender Staatsrat, der vom Landrat ernannt wurde. Der Präsident trug den Titel Landeshauptmann. Diese Verfassung gab das im Wallis seit undenklichen Zeiten ausgeübte Referendum preis. Dieses bestand darin, dass jeder Zenden das Recht hatte, Beschlüsse des Landrates anzunehmen oder abzulehnen. Auch das Initiativrecht wurde fallen gelassen. Im Landrat hatte der Bischof einen Sitz. Im Jahre 1810 wurde das Wallis dem französischen Kaiserreich einverleibt.

Die Verfassung von 1815, welche die neue Ära der mit der Eidgenossenschaft vereinigten Republik Wallis eröffnet, führte das Referendum von ehemals wieder ein. Die Gesetze mussten von der Mehrheit der Zendenräte sanktioniert sein. Finanzgesetz, Militärkapitulationen und Naturalisationen mussten überdies den Gemeinderäten unterbreitet werden. Die Zahl der Zenden wurde auf 13 festgesetzt. Der Landeshauptmann führte den Vorsitz im Landrat und im Staatsrat.

Diese zuletzt genannte Bestimmung hatte eine Oppositionsbewegung zur Folge, die nach langen Wirren zu zwei aufeinanderfolgenden Verfassungen vom 30. Januar und 3. August 1839 führte. Nach beiden Verfassungen wurden die Deputierten auf Grund der Bevölkerungszahl gewählt. An Stelle des Landrates trat der Grosse Rat; der Titel Landeshauptmann wurde abgeschafft. Sowohl der Staatsrat als der Grosse Rat hatten einen eigenen Präsidenten. Das Referendum wurde beibehalten. Jede Verfassungsrevision musste vom Volke sanktioniert werden. Die politischen Wirren der Zeit führten bald zu einer neuen Verfassungsrevision. Die neue Verfassung vom 14. September 1844 brachte ausser dem obligatorischen Referendum und der Bestimmung, dass eine Verfassungsrevision nur stattfinden dürfe, wenn sämtliche Mitglieder des Grossen Rates ihr zustimmen, keine nennenswerten Neuerungen.

Auch diese Verfassung war nur von kurzer Dauer. Sie wurde infolge der Ereignisse von 1847 durch jene vom 10. Januar 1848 ersetzt, die folgende wesentliche Neuerungen aufwies: Direkte Wahl des Grossen Rates durch die Urversammlungen und das Initiativrecht des Volkes für Verfassungsrevisionen. Dagegen wurde das Referendum unterdrückt; auch die Zehndten- oder Bezirksräte, die bis dahin eine bedeutende Rolle gespielt hatten, büs-

ten an Bedeutung erheblich ein. Der Klerus wurde vom Grossen Rate ausgeschlossen, und die geistlichen Ämter wurden nicht nur mit den weltlichen Ämtern, sondern auch mit der Ausübung der politischen Rechte als unvereinbar erklärt.

Diese Verfassung machte einer neuen vom 23. Dezember 1852 Platz, die das obligatorische Referendum für jede Erhöhung des Steuerfusses wieder einführte. Sie sah ein Konkordat zur Regelung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat vor, setzte die Zahl der Mitglieder des Staatsrates, die im Jahre 1848 auf 7 erhöht worden war, wieder auf 5 herab und stellte den Grundsatz der Minderheitsvertretung auf, indem für Wahlen der Abgeordneten neben den Bezirken noch Kreise gebildet werden konnten.

Nach der Revision der Bundesverfassung im Jahre 1874 kam eine neue Kantonsverfassung zustande, die durch den Grossen Rat am 26. November 1875 angenommen wurde. Im Bestreben, den Kredit des Landes auf solidere Grundlage wieder herzustellen, schrieb die Verfassung die Tilgung der Staatsschuld vor. Die Tilgung erfolgte durch regelmässige, jährliche Abschlagszahlungen, wozu $\frac{1}{2}\%$ der Kantonssteuer verwendet wurde. Der Ansatz dieser Steuer konnte nur durch einen Volksentscheid erhöht werden. Jede ausserordentliche Ausgabe von Fr. 60 000.- musste dem Volke zur Genehmigung unterbreitet werden. Das Revisionsrecht wurde nicht abgeändert. Ein Gesetzesreferendum gab es nicht.

Letztere Verfassung blieb bis zum Jahre 1907 unverändert. Im Jahre 1903 verlangte eine vom Oberwallis ausgehende Initiative die Revision der Verfassung im Sinne der Erweiterung der Volksrechte. Diese Bewegung führte zur Annahme der heute noch geltenden Verfassung vom 8. März 1907. Sie enthält neue Bestimmungen wirtschaftlicher und sozialer Natur, indem sie Werken von allgemeinem Nutzen den Schutz des Staates zusichert, u. a. der Landwirtschaft, der Industrie, dem beruflichen Unterricht, den Wohltätigkeitsanstalten. Sie führte das obligatorische Referendum für alle Gesetze und für Dekrete von allgemeiner Tragweite ein. Neben der Verfassungsinitiative sieht sie auch die Gesetzesinitiative vor.

Diese jüngste Verfassung wurde bisher siebenmal teilweise abgeändert: In der Volksabstimmung vom 23. Juni 1912 wurde die Repräsentationszahl für die Grossratswahlen von 1000 auf 1100 erhöht, und zwar berechnet nach der Schweizerbevölkerung, statt wie bisher nach der Gesamtbevölkerung.

Die Wahl der Abgeordneten in den Grossen Rat nach dem Proportionalwahlverfahren an Stelle des Majorzsystems wurde in der Volksabstimmung vom 25. Januar beschlossen.

Am 26. Dezember 1920 wurde eine Revision angenommen, die Neuerungen im Finanzwesen und in politischer Hinsicht brachte: Für die Besteuerung führt sie den Grundsatz der Progression und jenen des Existenzminimums ein; der Steuerfuss wird durch Gesetz bestimmt. Die Mitglieder des Staatsrates und die Ständeräte, die bisher vom Grossen Rate ernannt wurden, werden durch das Volk gewählt. Die Unvereinbarkeit der geistlichen und weltlichen Amtsverrichtungen wird aufgehoben.

Nach einer am 11. März 1934 angenommenen Revision werden jetzt die Abgeordneten im Ständerat bei der ordentlichen Gesamterneuerung des Nationalrates gewählt.

Anlässlich der Teiländerung vom 21. Dezember 1952 wurde für die Besetzung des Grossen Rates das bisherige System der auf 1100 festgesetzten Verteilungsziffern durch den Grundsatz der festen Zahl der Abgeordneten ersetzt, die nun unabhängig vom Bevölkerungswachstum 130 beträgt.

Durch Volksabstimmung vom 14. September 1969 wurde das bisherige für Gemeinde- und Bürgerwahlen in der Regel geltende Majorzverfahren durch das bereits in zahlreichen grösseren Gemeinden eingeführte Minderheitsvertretungen begünstigende Proporzwahlssystem ersetzt, jedoch unter Anerkennung des zur Zeit der Revision geltenden Status quo und seiner Änderungsmöglichkeiten mittels Initiative und auf Grund einer $\frac{1}{5}$ -Mehrheit.

Am 12. April 1970 nahmen die Stimmberechtigten mit 26 263 gegen 9895 eine Revisionsvorlage an, die den Frauen die politischen Rechte auf Kantons- und Gemeindeebene gewährte. Konsequenterweise wurde in der Abstimmung vom 24. September 1972 die Zahl der erforderlichen Unterschriften für Gesetzes- und Verfassungsinitiativen von 4000 auf 8000, bzw. von 6000 auf 12000 erhöht.

Eine grösserer Teilrevision erfuhr das Kapitel über die Gemeindeordnung. So wurde die Gemeindeautonomie in der Verfassung ausdrücklich verankert, das Initiativrecht auf Gemeindeebene ermöglicht und, neben den Munizipal- und Burgergemeinden, die Kirchgemeinden vorgesehen. Die Bestimmungen wurden vom Volk am 28. September 1975 angenommen und mit dem Gesetz vom 13. November 1980 über die Gemeindeordnung in Kraft gesetzt.

Der am 26. September 1976 abgeänderte Artikel 21 der KV ersetzte die subsidiäre Staatshaftung durch die Primärhaftung der öffentlichen Gemeinwesen für die Handlungen ihrer Amtsträger. Dieses System ist seit dem 1. Januar 1977 in Kraft, das entsprechende Anwendungsgesetz seit dem 1. Januar 1979.

Am 9. Juni 1985 hat das Walliser Volk den beiden Halbbezirken von Raron ihre eigenen Organe und Behörden zugeteilt. Das bedeutet, dass seit 1987 die alten Halbbezirke Östlich Raron und Westlich Raron gleichrangig mit den übrigen zwölf Bezirken sind. Sie bilden damit zwei separate Wahlkreise und jeder der beiden Halbbezirke hat seinen eigenen Präfekten und Vizepräfekten. Diese Änderung von Artikel 84 KV regelt ebenfalls den neuen Verteilungsmodus der Grossratssitze in den Bezirken und Halbbezirken.

Am 16. August 1991 trat der neue Artikel 88 in Kraft, der das Stimm- und Wahlrecht von 20 auf 18 Jahren herabsetzt. Nachdem dieser Vorschlag 1982 einmal verworfen wurde, hat das Volk ihn am 2. Juni 1991 angenommen; das Bundesrecht hat die gleiche Regelung am 3. März 1991 eingeführt.

Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat waren Gegenstand zweier Abstimmungen 1974 und 1990; die neue Ordnung umfasst die Religionsfreiheit, die Unabhängigkeit der Kirchen, ihr Statut sowie ihre Finanzierung und ist im August 1993 mit dem Ausführungsgesetz in Kraft getreten.

Nach einer Ablehnung im Jahre 1986 unternahm das Volk am 24. Oktober 1993 einen entscheidenden Schritt in der Revision der Verfassungsordnung. Es beschloss den Übergang vom obligatorischen Gesetzes- und Finanzreferendum zum fakultativen Referendum. In den Jahren 1953 und 1973 wurden entsprechende Vorschläge abgelehnt. Diese Erneuerung der politischen Rechte waren begleitet von einer Reduktion der Unterschriftenzahlen für die Initiative (4000/6000) sowie einer Erweiterung des Finanzreferendums. Die Revision passte ebenfalls die Kompetenzen von Staatsrat und Grossrat an und definierte die kantonalen gesetzlichen Formen. Die Revision trat am 1. Juni 1994 in Kraft und wird durch ein Gesetz über die Beziehungen zwischen den Räten und durch die Revision des Wahlgesetzes ergänzt.

Sämtliche Bestimmungen über die Unvereinbarkeiten wurden in einem einzigen Artikel 90 zusammengefasst, der vom Volk am 24. Oktober 1993 angenommen wurde und der mit dem entsprechenden Ausführungsgesetz in Kraft treten wird.

* * *

Im Januar 1996 wird dem Volk eine Verfassungsänderung vorgelegt hat, welche die stille Wahl in den Staatsrat und Ständerat einführen will.

Zudem sind Revisionen in Vorbereitung über die Bezirksordnung, die allgemeinen Grundsätze sowie die persönlichen Freiheitsrechte wie den Familienschutz.

Die Staatskanzlei

Teilrevisionen

- ① 23. Juni 1912 Art. 84, Abs. 1 + 2
(Grossratswahlen: Erhöhung der Repräsentationszahl auf 1100).
(Aufgehoben durch ⑤)
- ② 25. Januar 1920 Art. 84
(Grossratswahlen: Einführung des Proportional-Wahlverfahrens).
(Aufgehoben durch ⑤)
- ③ 26. Dez. 1920 Art. 24
(Besteuerung: Einführung neuer Grundsätze bzgl. Progression, Existenzminimum, Steuerfuss).
Art. 30 Ziffer 3, Buchst. c, + 4 und 5
(Volksrechte: Beschlüsse über ausserordentliche Ausgaben (Fr. 200 000.-) unterliegen der Volksabstimmung).
(Aufhebung von Ziffer 5 betr. Erhöhung des Steuerfusses).
Art. 43 (Wahl des Staatsrates durch den Grossen Rat aufgehoben).
Art. 44 (Aufhebung der Ziffern 8 und 9 bzgl. der Wahlbefugnisse des Grossen Rates).
Art. 52 (Einführung der Wahl des Staatsrates durch das Volk).
Art.
85 bis bis (Einführung der Wahl der Ständeräte durch das Volk).
Art. 90 Aufgehoben
(= Unvereinbarkeit der geistlichen und weltlichen Amtsverrichtungen).
Angenommen in der Volksabstimmung vom 26. Dezember 1920.
Bd. XXVII 110; ABl 1921 10.
In Kraft seit dem 7. Januar 1921.
ABl 1921 Beilage zu Nr. 1 des ABl.
Gewährleistungsbeschluss vom 17. Februar 1921.
BBl 1921 I 141; AS 37 142.
- ④ 11. März 1934 Art. 85bis
(Wahl der Ständeräte anlässlich der Gesamterneuerung des Nationalrates).
Änderung von Abs. 1
Angenommen in der Volksabstimmung vom 11. März 1934.
ABl 1934 454.
In Kraft seit dem 6. Juli 1934.
Bd. XXXIV 55/56; ABl 1934 II 1094.
Gewährleistungsbeschluss vom 22. Juni 1934.
BBl 1934 969; AS 50 493.

- ⑤ 21. Dez. 1952 Art. 84
(*Grossratswahlen: Einführung der festen Abgeordneten-
netenzahl*).
Angenommen in der Volksabstimmung vom 21. De-
zember 1952.
ABl 1952 II 2111 und 1953 I 38.
In Kraft seit dem 23. Januar 1953.
Bd. XLVI 242, XLVII 22; ABl 1953 I 194.
Gewährleistungsbeschluss vom 17. Juni 1970.
BBl 1970 I 1214 + 1970 II 54.
- ⑥ 14. Sept. 1969 Art. 87
(*Einführung des Proportionalwahlsystems für Ge-
meinde- und Bürgerwahlen unter Vorbehalten*).
Angenommen in der Volksabstimmung vom 14.
September 1969.
ABl 1969 659 und 817.
In Kraft seit dem 28. Oktober 1970.
ABl 1970 921; Bd. LXIII 61; Bd LXIV 142.
Gewährleistungsbeschluss vom 17. Juni 1970.
BBl 1970 I 1214 + 1970 II 54.
- ⑦ 12. April 1970 Art. 88 und 91
(*Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts*)
Angenommen in der Volksabstimmung vom 12.
April 1970.
ABl 1970 173 und 301.
In Kraft seit dem 1. November 1970.
ABl 1970 890; Bd. LXIV 18 und 141.
Gewährleistungsbeschluss vom 17. Juni 1970.
BBl 1970 I 1214 + 1970 II 54.
- ⑧ 24. Sept. 1972 Art. 31 et 101
(*Gesetzes- und Verfassungsinitiative*).
ABl 1972, Seite 820.
(Aufgehoben durch ⑩)
- ⑨ 23. Sept. 1973 Art. 30, Ziffer 4
(*Finanzreferendum*).
ABl 1973 693.
(Aufgehoben durch ⑩)
- ⑩ 17. März 1974 Art. 2.
(*Gewissensfreiheit*)
ABl 1974 84.
Angenommen in der Volksabstimmung vom 17.
März 1974. ABl 1974 197.
Gewährleistungsbeschluss vom 12. Dezember
1974.
BBl 1974 II 973 und 1527.
In Kraft gemäss ⑤

- ⑪ **28. Sept. 1975** Art. 69 bis 83 und 89
(*Gemeindeordnung*)
ABl 1975 616 ff.
Angenommen in der Volksabstimmung vom 28. September 1975.
ABl 1975 766.
In Kraft seit dem 1. Februar 1981.
Bd. LXXV, Seite 228.
Gewährleistungsbeschluss vom 24. Juni 1976.
BBi 1976 II 585 und 1054.
- ⑫ **26. Sept. 1976** Art. 21
(*Verantwortlichkeit der öffentlichen Körperschaften und ihrer Agenten*).
AS Bd. LXX 105.
Angenommen in der Volksabstimmung vom 26. September 1976.
AS Bd. LXX 51.
In Kraft seit dem 1. Januar 1977.
AS Bd. LXX 106.
Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977.
BBi 1977 II 1004.
- ⑬ **9. Juni 1985** Art. 84
(*Aufteilung des Bezirkes Raron in zwei Halb-Bezirke und Verteilung der Sitze unter den Bezirken und Halb-Bezirken durch den Grossen Rat*).
Bd. LXXIX, Seite 1.
Angenommen in der Volksabstimmung vom 9. Juni 1985.
Inkrafttretung am 1. Januar 1987.
ABl 1986, Seite 767.
Genehmigt durch die Bundesversammlung vom 10. und 21. März 1986;
BBi 1986 I 8.
- ⑭ **2. Juni 1991** Art. 88
(*Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters*).
Bd. LXXXV, Seite 1
Angenommen in der Volksabstimmung vom 2. Juni 1991.
Inkrafttreten am 16. August 1991.
ABL 1991, Seite 1254.
Gewährleistungsbeschluss vom 3. Oktober 1991.
BBi 1991 IV 200.
- ⑮ **10. Juni 1990** Art. 2, 76, 83 und 89
(*Beziehungen Kirche und Staat*)
Bd. LXXXVII, Seite 1.
Angenommen in der Volksabstimmung vom 10. Juni 1990.
Inkrafttreten am 1. August 1993.
Bd. LXXXVII, Seite 116.
Gewährleistungsbeschluss vom 3. Oktober 1991.
BBi 1991 IV 199.

- ⑩ 24. Okt. 1993 Art. 30 bis 35, 37 bis 51, 53 bis 59, 100 bis 102, 104, 108 und 109
(*Volksrechte; gesetzgebende, ausführende und verwaltende Gewalt*)
Bd. LXXXVIII, Seite 1
Angenommen in der Volksabstimmung vom 24. Oktober 1993.
Inkrafttreten am 1. Juni 1994.
Bd. LXXXVIII, Seite 96.
Gewährleistungsbeschluss vom 12. Juni 1995.
BBl 1995 III.
- ⑪ 24. Okt. 1993 Art. 90
(*Unvereinbarkeiten*)
¹Das Gesetz regelt die Unvereinbarkeiten
²Es sucht namentlich zu verhindern, dass:
1. ein Bürger gleichzeitig Funktionen von mehreren öffentlichen Gewalten ausübt;
2. die gleiche Person zwei einander untergeordneten Organen angehört;
3. die Mitglieder derselben Familie in der gleichen Behörde sitzen;
4. der Bürger, der eine öffentliche Beamtung inne hat, noch andere Tätigkeit ausübt, die sich bei der Erfüllung seiner Funktion nachteilig auswirken könnten.
³Unter Vorbehalt gesetzlicher Ausnahmen gelten die Unvereinbarkeiten auch für die Ersatzmänner und die Substituten.
⁴Das Gesetz kann andere Ausnahmen, namentlich für die Gemeindeordnung vorsehen.
⁵Nur ein einziges Mitglied des Staatsrates darf in den eidgenössischen Räten sitzen.
Noch nicht in Kraft.
Gewährleistungsbeschluss vom 12. Juni 1995.
BBl 1995 III.

Verfassung des Kantons Wallis

vom 8. März 1907¹

Im Namen Gottes des Allmächtigen!

I. Titel: Allgemeine Grundsätze

Art. 1

¹Wallis bildet eine innert der Schranken der Bundesverfassung² souveräne und als Kanton der Schweizerischen Eidgenossenschaft einverleibte demokratische Republik.

²Die Souveränität beruht im Volke und wird unmittelbar durch die Aktivbürger und mittelbar von den durch die Verfassung eingesetzten Behörden ausgeübt.

Art. 2 ¹⁰ ¹⁵

¹Die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen sind gewährleistet.

²Die Religionsgemeinschaften entscheiden über ihre Lehre und ihren Kultus frei und unabhängig. Sie befinden innert den Schranken des öffentlichen Rechts selbständig über ihre Organisation und Verwaltung.

³Die römisch-katholische Kirche und die evangelisch-reformierte Kirche werden als öffentlich-rechtliche Institutionen mit eigener Rechtspersönlichkeit anerkannt. Die anderen Konfessionen unterstehen den Vorschriften des Privatrechts, können aber nach Massgabe ihrer Bedeutung im Kanton durch Gesetz öffentlich-rechtlich anerkannt werden.

⁴Soweit die Pfarreien der römisch-katholischen Kirche und diejenigen der evangelisch-reformierten Kirche die orts-kirchlichen Kultusaufgaben nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, kommen dafür unter Wahrung der Glaubens- und Gewissensfreiheit die Munizipalgemeinden auf. Der Kanton kann den öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen Beiträge gewähren.

⁵Das Gesetz regelt die Anwendung dieser Bestimmungen.

Art. 3³

¹Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich.

²Es gibt im Wallis kein Vorrecht des Ortes, der Geburt, der Personen oder Familien.

Art. 4

¹Die persönliche Freiheit und die Unverletzlichkeit der Wohnung sind gewährleistet.

²Niemand darf gerichtlich verfolgt oder verhaftet und keine Hausdurchsuchung darf vorgenommen werden, ausser in den vom Gesetze vorgesehenen Fällen, und in den von demselben vorgeschriebenen Formen.

³Ungesetzlich Verhaftete sowie unschuldig Verurteilte sind durch den Staat angemessen zu entschädigen. Das Gesetz regelt die Anwendung dieses Grundsatzes.

Art. 5

Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden.

Art. 6

¹Das Eigentum ist unverletzlich.

²Von diesem Grundsatz kann nur aus Rücksicht öffentlichen Nutzens mittelst einer gerechten Entschädigung und in den vom Gesetze vorgesehenen Formen abgewichen werden.

¹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 12. Mai 1907 (AS/VS, Bd. XXII 175 205 und SGS I Nr. 1). Gewährleistet von der BVerf am 30. März 1908 unter dem Vorbehalt, dass Artikel 2, Absatz 1 nur im Sinne der Artikel 49, 50 und 55 BV ausgelegt und angewendet werden darf (AS 24 553; BBl 1907 V 611; SR 101).

² SR 101.

³ Anmerkung: «In der Verfassung gilt jede Bezeichnung der Person, des Statuts oder der Funktion in gleicher Weise für Mann oder Frau.» ¹⁰

¹Das Gesetz kann jedoch Fälle bestimmen, in welchen Grund und Boden der Burgerschaften oder Gemeinden, aus Rücksichten öffentlichen Nutzens, unentgeltlich abzutreten ist.

Art. 7

Kein Grundstück kann mit einem unloskäufliehen Bodenzins belastet werden.

Art. 8

Die Freiheit der Meinungsäusserung in Wort und Schrift sowie die Freiheit der Presse sind gesichert. Das Gesetz bestraft den Missbrauch derselben.

Art. 9

Das Petitionsrecht ist gewährleistet. Die Ausübung desselben wird vom Gesetz bestimmt.

Art. 10

¹Das Recht der freien Niederlassung, das Vereins- und Versammlungsrecht, die freie Ausübung jeder Berufsart in Kunst und Wissenschaft sowie die Freiheit des Handels und der Gewerbe sind gewährleistet.

²Die Ausübung dieser Rechte wird durch das Gesetz geregelt.

Art. 11

¹Jeder Bürger ist wehrpflichtig.

²Die Anwendung dieses Grundsatzes ist durch die Bundes- und Kantonalgesetzgebung geregelt.

Art. 12

¹Die französische und die deutsche Sprache sind als Landessprachen erklärt.

²Der Grundsatz der Gleichberechtigung beider Sprachen soll in der Gesetzgebung und in der Verwaltung durchgeführt werden.

Art. 13

¹Der öffentliche Unterricht sowie der private Primarunterricht stehen unter der Leitung und der Oberaufsicht des Staates.

²Der Primarunterricht ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich.

³Die Lehrfreiheit ist, unter Vorbehalt der Gesetzesbestimmungen betreffend die Primarschule, gewährleistet.

Art. 14

Der Staat erlässt Vorschriften betreffend Arbeiterschutz und Sicherung der Arbeiterfreiheit.

Art. 15

Der Staat fördert und unterstützt nach Massgabe der ihm zu Gebote stehenden finanziellen Mittel:

1. die Landwirtschaft, die Industrie, den Handel und im allgemeinen alle den Kanton interessierenden Zweige der Staatswirtschaft;
2. den beruflichen Unterricht für Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe;
3. die Viehzucht, die Milchwirtschaft, den Rebbau, den Obstbau, die Alpwirtschaft, die Bodenverbesserungen, die Forstwirtschaft und das landwirtschaftliche und berufliche Genossenschaftswesen.

Art. 16

¹Der Staat organisiert und unterstützt die Viehversicherung.

²Er kann auch andere Versicherungen und besonders die obligatorische Mobilien- und Immobilien-Feuerversicherung einführen.

Art. 17

¹Der Staat fördert die Entwicklung des Strassennetzes und der übrigen Verkehrsmittel.

²Er steht ferner vermittelt Beiträgen für die Dämmung der Rhone sowie für die Dämmung und Verbauung der Bäche und Wildbäche ein.

Art. 18

Der Staat gründet oder unterstützt durch Beiträge Erziehungsanstalten für verwahrloste Kinder sowie andere Wohltätigkeitsanstalten.

Art. 19

¹Der Staat wird die Errichtung von Bezirks- oder Kreis-Spitälern, Kliniken und Krankenhäusern fördern und unterstützen.

²Er kann auch eine gleichartige kantonale Anstalt errichten.

Art. 20

Die finanzielle Beteiligung des Staates in den von den Artikeln 15, 16, 17, 18 und 19 vorgesehenen Fällen wird durch Spezialgesetz bestimmt werden.

Art. 21 @

¹Der Staat, die Gemeinden und die mit Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Gemeindeverbände des öffentlichen Rechts haften gegenüber Dritten für die Handlungen ihrer Agenten.

²Der Agent haftet gegenüber dem öffentlichen Gemeinwesen, in dessen Dienst er sich befindet, für den Schaden, den er ihm in Ausübung seiner amtlichen Tätigkeit durch vorsätzliche oder grobfahrlässige Verletzung seiner Dienstpflicht direkt oder indirekt zufügt.

³Das Gesetz regelt die Anwendung dieser Grundsätze.

Art. 22

Die Abberufung oder Absetzung eines öffentlichen Beamten oder Angestellten kann nur nach seiner Einvernahme oder Vorladung und auf Grund eines motivierten Beschlusses derjenigen Behörde erfolgen, die ihn ernannt hat.

Art. 23

Die Staatsausgaben werden bestritten:

- a) aus den Einkünften des Staatsvermögens;
- b) aus dem Ertrag der Hoheitsrechte;
- c) aus den Fiskalgebühren und den verschiedenen Einkünften;
- d) aus den Bundes-Entschädigungen, Beiträgen und Verteilungen;
- e) aus den Steuern.

Art. 24③

Die Staats- und Gemeindesteuern werden durch die Gesetzgebung festgesetzt unter Wahrung der Grundsätze der Progression und eines gewissen Existenzminimums.

Art. 25

Die Tilgung der Staatsschuld mittelst regelmässigen jährlichen Abschlagszahlungen ist obligatorisch erklärt.

II. Titel: Einteilung des Kantons

Art. 26

- ¹Der Kanton ist in Bezirke eingeteilt.
- ²Die Bezirke sind aus Gemeinden gebildet.
- ³Der Grosse Rat kann, nach Anhörung der Beteiligten, durch ein Gesetz die Zahl und Umgrenzung der Bezirke und durch ein Dekret diejenigen der Gemeinden abändern¹.
- ⁴Er bezeichnet auch die Hauptorte derselben.

Art. 27

- ¹Sitten ist der Hauptort des Kantons und der Sitz des Grossen Rates, des Staatsrates und des Kantonsgerichtes.
- ²Wenn wichtige Umstände es erfordern, können diese Behörden anderswo tagen.
- ³Das Dekret vom 1. Dezember 1882 bestimmt die Leistungen des Hauptortes.
- ⁴Bei Errichtung von kantonalen Anstalten soll billige Rücksicht auf die verschiedenen Landesteile genommen werden.
- ⁵Die Gemeinde, welche als Sitz einer kantonalen Anstalt bezeichnet wird, kann zu gewissen Leistungen oder Beiträgen gehalten werden.

III. Titel: Politischer Stand der Bürger

Art. 28

- ¹Walliser sind:
- 1. die einer Gemeinde des Kantons auf Grund der Geburt angehörenden Bürger;
- 2. diejenigen, welchen das Kantonsbürgerrecht durch das Gesetz oder den Grossen Rat erteilt worden ist.
- ²Wenn das Kantonsbürgerrecht durch den Grossen Rat erteilt wird, hat der Bewerber, sofern sein Gesuch berücksichtigt werden soll, eine Erklärung zu erbringen, wonach eine Gemeinde des Kantons ihm das Bürgerrecht zusichert, und die übrigen durch das Gesetz über die Erteilung des Kantonsbürgerrechtes vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen.
- ³Kein Kantonsfremder kann ein Bürgerrecht in einer Gemeinde erwerben, ohne vorher vom Grossen Rate das Kantonsbürgerrecht erhalten zu haben.
- ⁴Die im Artikel 44 der Bundesverfassung² vorgesehene Bundesgesetzgebung ist vorbehalten.

Art. 29

Jeder Kantonsbürger kann, unter den vom Gesetze bestimmten Bedingungen, in anderen Gemeinden das Bürgerrecht erwerben.

IV. Titel: Ausübung der Volksrechte

Art. 30 ¹⁶

- ¹Nebst ihren Befugnissen bei Wahlen und Abstimmungen sowie beim obligatorischen Verfassungsreferendum besitzen die Bürger das Initiativ- und das fakultative Referendumsrecht.
- ²Das Gesetz regelt die Ausübung dieser Rechte sowie das Verfahren der Vernehmlassung und der Information der Bürger.

¹ Vgl. bezüglich der Grenzänderungen Art. 31, Abs. 3, Art. 32, Abs. 2 und Art. 33, des Dekretes vom 22. Mai 1914/21. November 1930 betreffend die Grundbuchvermessungen (Bd. XXV 59 und XXXII 111, SGS N° 1362).

² SR 101.

Erstes Kapitel: Referendumsrecht

Art. 31 ¹⁶

¹Dreitausend Stimmberechtigte können innert neunzig Tagen ab deren Veröffentlichung im Amtsblatt verlangen, dass der Volksabstimmung unterbreitet werden:

1. die Gesetze und Dekrete;
2. die Konkordate, Verträge und Vereinbarungen, die Rechtsnormen enthalten;
3. die Beschlüsse des Grossen Rates, welche eine ausserordentliche Ausgabe zur Folge haben, die als einmalige 0,75% oder als wiederkehrende Ausgabe 0,25% der Bruttogesamtausgaben der Verwaltungs- und Investitionsrechnung des letzten Verwaltungsjahres übersteigt.

²Das Referendum kann auch von der Mehrheit des Grossen Rates verlangt werden.

³Nicht der Volksabstimmung unterliegen:

1. die Ausführungsgesetze (Art. 42 Abs. 2);
2. die ordentlichen Ausgaben und die übrigen Beschlüsse.

⁴Der Grosse Rat stellt die Ungültigkeit von Referenden fest, welche die von Verfassung und Gesetz gestellten Bedingungen nicht erfüllen.

Art. 32 ¹⁶

¹Die Gesetze, Verträge, Konkordate, Vereinbarungen oder Beschlüsse, die dem Referendum unterstellt sind, dürfen weder vor Ablauf der Referendumsfrist noch, gegebenenfalls, vor der Volksabstimmung in Kraft gesetzt werden.

²Die Dekrete werden sofort in Kraft gesetzt. Falls dreitausend Stimmberechtigte oder die Mehrheit des Grossen Rates es verlangen, sind sie im folgenden Jahr dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten. Werden sie nicht genehmigt, verlieren sie ihre Gültigkeit und können nicht mehr erneuert werden.

II. Kapitel: Initiativrecht

Art. 33 ¹⁶

¹Viertausend Stimmberechtigte können die Ausarbeitung, die Annahme, die Abänderung oder die Aufhebung eines dem Referendum unterliegenden Gesetzes, Dekretes oder anderen Beschlusses verlangen, mit Ausnahme der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse, über die das Volk seit weniger als vier Jahren abgestimmt hat, der bereits ausgeführten Beschlüsse und der Dekrete mit einer Gültigkeit unter einem Jahr.

²Mit Ausnahme der in den Artikeln 34 Absatz 2 und 35 Absatz 1 genannten Fälle ist jede Volksinitiative innert drei Jahren nach deren Einreichung dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten. Diese Frist kann durch einen Beschluss des Grossen Rates höchstens um ein Jahr verlängert werden.

³Der Grosse Rat stellt die Ungültigkeit einer Initiative fest, die:

1. dem Bundesrecht oder der Kantonsverfassung widerspricht;
 2. mehr als eine Materie beinhaltet;
 3. die Einheit der Form nicht beachtet;
 4. nicht ausführbar ist;
 5. nicht in den Bereich eines der Initiative unterliegenden Erlasses fällt.
- ⁴Wenn ein Initiativbegehren neue Staatsausgaben oder die Aufhebung bestehender Einnahmen zur Folge hat, welche das finanzielle Gleichgewicht

gefährden, so wird der Grosse Rat die Initiative ergänzen, indem er neue Einnahmequellen, den Abbau staatlicher Aufgaben oder andere Sparmassnahmen vorschlägt.

Art. 34 ¹⁶

¹Die Initiative kann, sofern sie nicht auf einen Beschluss abzielt, in der Form des ausgearbeiteten Entwurfes eingereicht werden.

²Stimmt der Grosse Rat der Initiative zu, findet eine Volksabstimmung nur auf Begehren von dreitausend Stimmberechtigten oder der absoluten Mehrheit des Grossen Rates statt.

³Lehnt der Grosse Rat die Initiative ab, hat er diese unverändert dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten; er kann aber deren Verwerfung empfehlen oder ebenfalls einen Gegenentwurf ausarbeiten.

⁴Nimmt der Grosse Rat einen Gegenentwurf an, werden die Stimmberechtigten eingeladen, sich auf dem gleichen Stimmzettel über folgende drei Fragen auszusprechen:

- a) Wollen Sie die Volksinitiative annehmen?
- b) Wollen Sie den Gegenentwurf annehmen?
- c) Falls beide Vorlagen die Mehrheit der gültig Stimmenden erhalten, soll die Initiative oder der Gegenentwurf in Kraft treten?

Art. 35 ¹⁶

¹Der Initiative in Form der allgemeinen Anregung wird vom Grossen Rat Folge gegeben, indem er entscheidet, ob die von ihm angenommenen oder abgeänderten Bestimmungen in die Verfassung oder in einen Gesetzes- oder Verwaltungserlass aufzunehmen sind; wird die Initiative in einem Gesetz oder einem Verwaltungserlass verwirklicht, unterliegt sie nur dann der Volksabstimmung, wenn dreitausend Stimmberechtigte oder die Mehrheit des Grossen Rates es verlangen.

²Lehnt der Grosse Rat die Initiative ab, unterbreitet er sie unverändert und mit seiner Stellungnahme dem Volk zur Abstimmung.

³Verwirft das Volk die Initiative, wird sie abgeschrieben.

⁴Nimmt das Volk die Initiative an, ist der Grosse Rat verpflichtet, ihr unverzüglich Folge zu geben.

⁵Bei der Ausarbeitung der von der Initiative in Form der allgemeinen Anregung verlangten Bestimmungen hat der Grosse Rat den Absichten der Initianten zu entsprechen.

V. Titel: Öffentliche Gewalt

Art. 36

Die öffentlichen Gewalten sind:

Die gesetzgebende Gewalt;

Die vollziehende und verwaltende Gewalt;

Die richterliche Gewalt.

Erstes Kapitel: Gesetzgebende Gewalt

A. Befugnisse

Art. 37 ¹⁶

¹Unter Vorbehalt der dem Volk eingeräumten Rechte wird die gesetzgebende Gewalt vom Grossen Rat ausgeübt.

²Er besitzt jede andere Befugnis, die ihm durch Verfassung oder Gesetz eingeräumt ist.

Art. 38 ¹⁶

¹Der Grosse Rat arbeitet die Verfassungsbestimmungen, die Gesetze und die Dekrete aus. Vorbehalten bleiben die Artikel 31 bis 35 und 100 bis 106.

²Unter Vorbehalt der Befugnisse des Volkes und Staatsrates genehmigt er die Verträge, Konkordate und Konventionen.

³Er übt die Rechte aus, die den Kantonen in den Artikeln 86, 89, 89bis und 93 der Bundesverfassung vorbehalten sind und beantwortet die Vernehmlassungen des Bundes über atomare Einrichtungen.

Art. 39 ¹⁶

¹Der Grosse Rat entscheidet über die Gültigkeit der Wahl seiner Mitglieder.

²Er wählt das Kantonsgericht, dessen Präsidenten und Vizepräsidenten sowie die Staatsanwaltschaft.

Art. 40 ¹⁶

¹Der Grosse Rat hat die Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Staatsrates, der autonomen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, der Gerichtsbehörden sowie über die Vertreter des Staates in den Gesellschaften, an denen der Kanton eine Mehrheitsbeteiligung besitzt. Er prüft die Geschäftsführung und berät über deren Genehmigung.

²Er kann jederzeit von der ausführenden Gewalt Rechenschaft über eine Handlung ihrer Verwaltung verlangen.

³Das Gesetz kann gewisse Aufgaben des Staates autonomen Körperschaften oder Anstalten öffentlichen Rechts übertragen.

Art. 41 ¹⁶

Der Grosse Rat hat namentlich folgende Befugnisse:

1. Er beschliesst den Voranschlag und genehmigt die Rechnung, die veröffentlicht werden.
2. Er beteiligt sich im Rahmen des Gesetzes an der Planung.
3. Er beschliesst die ausserordentlichen Ausgaben, bewilligt die Konzessionen und erteilt die Ermächtigung zu Liegenschaftstransaktionen, zur Aufnahme von Darlehen sowie zu Bürgschaften und anderen analogen Garantien unter Vorbehalt der in der Verfassung oder im Gesetz vorgesehenen Ausnahmen.
4. Er setzt die Gehälter der Magistraten, Beamten und Angestellten des Staates fest unter Vorbehalt der im Gesetz vorgesehenen Ausnahmen.
5. Er übt das Begnadigungsrecht aus.

Art. 42 ¹⁶

¹Der Grosse Rat erlässt die Rechtsnormen in Form des Gesetzes, das grundsätzlich für eine unbegrenzte Dauer in Kraft gesetzt wird. Er kann indessen auch eine Inkraftsetzung mit begrenzter Dauer vorsehen.

²Er erlässt in Form von Ausführungsgesetzen die zum Vollzug des übergeordneten Rechtes absolut notwendigen Bestimmungen.

³Erfordern es die Umstände, so kann er jedoch auf dem Dekretsweg dringliche Bestimmungen von begrenzter Dauer erlassen (Art. 32 Abs. 2).

⁴Der Grosse Rat behandelt alle übrigen Geschäfte in Form von Beschlüssen.

B. Organisation

Art. 43 ¹⁶

¹Das Gesetz legt die Grundzüge der Organisation des Grossen Rates sowie seiner Beziehungen zum Staatsrat und zu den Gerichtsbehörden fest. Im übrigen organisiert sich der Grosse Rat selbst.

²Es regelt die Teilnahme der Mitglieder des Staatsrates an den Sitzungen des Grossen Rates und der parlamentarischen Kommissionen.

Art. 44 ¹⁶

¹Der Grosse Rat versammelt sich von Rechts wegen:

1. zur konstituierenden Session am vierten Montag nach seiner Gesamterneuerung.
2. zu ordentlichen Sessionen viermal im Jahr.

²Der Grosse Rat versammelt sich zu ausserordentlichen Sessionen:

1. wenn er es selber beschliesst.
2. auf Einladung des Staatsrates.
3. auf Begehren von zwanzig Abgeordneten unter Angabe der zu behandelnden Gegenstände.

Art. 45 ¹⁶

Der Grosse Rat wählt für die Dauer eines Jahres einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten sowie für vier Jahre vier Stimmzähler und zwei Schriftführer, den einen französischer, den anderen deutscher Sprache.

Art. 46 ¹⁶

¹Der Grosse Rat bezeichnet die ständigen und nicht ständigen Kommissionen, welche seine Beratungen vorbereiten. Diese Befugnis kann an das Büro delegiert werden.

²Die Abgeordneten können politische Gruppen von mindestens fünf Mitgliedern bilden.

³Grundsätzlich müssen die politischen Gruppen in den Kommissionen angemessen vertreten sein.

Art. 47 ¹⁶

¹Der Grosse Rat kann nur in Anwesenheit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder gültig beraten.

²Er fasst seine Beschlüsse mit der absoluten Mehrheit.

Art. 48 ¹⁶

¹Die Sitzungen des Grossen Rates sind öffentlich.

²Sofern es die Umstände erfordern, kann er jedoch geheime Verhandlung beschliessen.

Art. 49 ¹⁶

¹Die Gesetzesentwürfe werden in zwei Lesungen in verschiedenen Sessionen durchberaten.

²Die Dekrete werden in zwei Lesungen und grundsätzlich im Verlaufe der gleichen Session beraten.

³Die Beschlüsse bilden Gegenstand einer einzigen Lesung.

⁴Der Grosse Rat kann in allen Fällen eine zusätzliche Lesung beschliessen. Das Gesetz kann dies für wichtige Angelegenheiten vorschreiben.

C. Rechte der Abgeordneten

Art. 50 ¹⁶

¹Die Abgeordneten üben ihr Mandat frei aus.

²Die Abgeordneten können ohne Ermächtigung des Grossen Rates für die von ihnen vor der Versammlung oder in Kommissionen gemachten Äusserungen nicht strafrechtlich verfolgt werden.

³Ausser bei ertappten auf frischer Tat können sie während den Sessionen ohne Ermächtigung der Versammlung nicht verhaftet werden.

Art. 51 ¹⁶

¹Jedem Mitglied des Grossen Rates steht das Recht auf Einreichung einer Initiative, einer Motion, eines Postulates, einer Interpellation, einer Resolution und einer einfachen Anfrage zu.

²Das Gesetz umschreibt inhaltlich diese Rechte und regelt ihre Ausübung.

II. Kapitel: Vollziehende Gewalt

A. Wahl

Art. 52 ³

¹Die Vollziehungs- und Verwaltungsgewalt ist einem aus fünf Mitgliedern gebildeten Staatsrate anvertraut.

²Einer derselben wird aus den Wählern des Kantonsteiles ernannt, welcher die gegenwärtigen Bezirke Goms, Brig, Visp, Raron und Leuk umfasst; einer aus jenen der Bezirke Siders, Sitten, Ering und Gundis, und einer aus jenen der Bezirke Martinach, Entremont, Saint-Maurice und Monthey.

³Die zwei andern werden aus den sämtlichen Wählern des Kantons ernannt. Jedoch darf nicht mehr als ein Staatsrat aus den Wählern des nämlichen Bezirkes ernannt werden.

⁴Die Mitglieder des Staatsrates werden am gleichen Tage wie die Mitglieder des Grossen Rates direkt vom Volke gewählt und treten ihr Amt am darauffolgenden ersten Mai an. Ihre Wahl erfolgt nach dem Mehrheits-system. Der Staatsrat konstituiert sich alljährlich selbst. Der ausscheidende Präsident ist nicht unmittelbar wieder wählbar.

⁵Die frei gewordene Stelle eines Staatsrates ist nach 60 Tagen wieder zu besetzen, insofern die Gesamterneuerung nicht innert vier Monaten erfolgt.

⁶Die Wahl der Mitglieder des Staatsrates findet mittelst des gleichen Listenskrutiniums statt. Werden die Wahlverhandlungen am bestimmten Tage nicht vollendet, so sind dieselben am darauffolgenden Sonntag wieder aufzunehmen. In diesem Falle wird das Ergebnis des ersten Wahlganges und die Wiederaufnahme der Wahlverhandlungen unverzüglich bekannt gegeben.

⁷Hat sich im ersten Wahlgange die absolute Mehrheit nicht auf so viele Personen vereinigt, als zu wählen sind, so findet ein zweiter Wahlgang statt. In diesem zweiten Wahlgang gelten diejenigen als gewählt, welche die meisten Stimmen und wäre es auch nicht die absolute Mehrheit derselben, erhalten haben.

⁸Ist die Zahl derjenigen, welche die absolute Mehrheit auf sich vereinigt haben, grösser als die Zahl der zu Wählenden, so gelten diejenigen, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben, als gewählt.

⁹Haben zwei oder mehrere Bürger des nämlichen Bezirkes die absolute Mehrheit erhalten, so gilt nur derjenige als gewählt, der die meisten Stimmen erhalten hat.

¹⁰Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

B. Organisation und Befugnisse

Art. 53 ¹⁶

¹Der Staatsrat übt die vollziehende und verwaltende Gewalt aus und besitzt jede Befugnis, die ihm durch Verfassung oder Gesetz erteilt wird.

²Er handelt als Kollegialbehörde.

³Die wichtigen Geschäfte bleiben immer in seiner Zuständigkeit.

⁴Er verteilt die Geschäfte unter die Departemente, deren Zahl und Befugnisse durch eine Verordnung, die der Genehmigung des Grossen Rates unterliegt, festgelegt werden.

⁵Im übrigen organisiert sich der Staatsrat selber.

Art. 54 ¹⁰

In seinen Beziehungen zum Grossen Rat verfügt der Staatsrat namentlich über folgende Befugnisse:

1. Er legt die Verfassungs-, Gesetzes-, Dekrets- und Beschlussentwürfe vor.
2. Er erstattet Bericht über die Volksinitiativen, die Initiativen, Motionen, Postulate und Resolutionen der Abgeordneten und antwortet auf ihre Interpellationen und Anfragen.
3. Er unterbreitet dem Grossen Rat den Entwurf des Voranschlages, die Staatsrechnung und den Verwaltungsbericht.
4. Er kann dem Grossen Rat Vorschläge unterbreiten.
5. Er unterbreitet dem Grossen Rat die Konkordats-, Vertrags- und Vereinbarungsentwürfe, die Rechtsnormen enthalten oder die in seine Zuständigkeit fallende Ausgaben zur Folge haben.

Art. 55 ¹⁰

Der Staatsrat übt namentlich folgende Verwaltungsbefugnisse aus:

1. Er ernennt das Staatspersonal unter Vorbehalt der im Gesetz vorgesehenen Ausnahmen.
2. Er überwacht die ihm unterstellten Behörden sowie die öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten.
3. Er vertritt den Staat, schliesst die Verträge, Konkordate und Vereinbarungen öffentlichen Rechts ab und antwortet auf die vom Kanton verlangten Vernehmlassungen.
4. Er leitet die Verwaltung, plant und koordiniert ihre Tätigkeiten.

Art. 56 ¹⁰

¹Der Staatsrat gewährleistet die öffentliche Ordnung und verfügt zu diesem Zweck über die Polizei und die kantonalen Truppen.

²Er übt im Falle grosser und unmittelbar bevorstehender Gefahr die ausserordentliche Gewalt aus und benachrichtigt unverzüglich den Grossen Rat über die Massnahmen, die er trifft.

Art. 57 ¹⁰

¹Der Staatsrat erlässt in Reglementsform die zur Anwendung kantonalen Gesetze und Dekrete notwendigen Bestimmungen.

²Das Gesetz kann dem Staatsrat die Befugnis zum Erlass von Verordnungen übertragen, indem es deren Zweck und die ihren Inhalt bestimmenden Grundsätze festlegt. Die Delegation muss sich auf einen genau umschriebenen Bereich beziehen. Die Verordnungen können der Genehmigung des Grossen Rates unterstellt werden.

³Der Staatsrat behandelt die anderen Geschäfte in Form von Beschlüssen und Entscheiden.

Art. 58 ¹⁰

¹Der Staatsrat veröffentlicht die Rechtsnormen und setzt sie in Kraft, es sei denn, der Grosse Rat beschliesst darüber selber und sorgt für ihre Anwendung.

²Er setzt die direkt anwendbaren Verfassungsbestimmungen unmittelbar nach ihrer Genehmigung durch die Bundesversammlung in Kraft.

Art. 59 ¹⁰

¹Die Regierung hat in jedem Bezirk einen Regierungsstatthalter und einen Stellvertreter desselben.

²Die Befugnisse des Regierungsstatthalters sind durch das Gesetz bestimmt.

III. Kapitel: Richterliche Gewalt

Art. 60

¹Die richterliche Gewalt ist unabhängig.

²Kein Staatsangestellter, der vom Staatsrate abberufen werden kann, darf eine Richterstelle im Kantonsgericht oder im Kreisgerichte bekleiden.

³Diese Bestimmung ist auf die Ersatzmänner nicht anwendbar.

Art. 61

Das Kantonsgericht erstattet alljährlich dem Grossen Rate durch das Organ des Staatsrates Bericht über alle Zweige der Justizverwaltung.

Art. 62

¹Es besteht in jeder Gemeinde oder in jedem Amtsbezirk ein Richter und ein Richterstatthalter:

für jeden Kreis ein Zivil-, ein Korrektions- und ein Kriminalgericht; und für den Kanton ein Kantonsgericht.

²Die Mitglieder des Kantonsgerichtes sollen die Kenntnisse der beiden Landessprachen besitzen.

Art. 63

¹Die Anzahl der Kreise, die Kompetenz der Gerichte, deren Zusammensetzung, die Wahl und Besoldungsweise der Richter, sowie auch die Unverträglichkeit zwischen den richterlichen und andern Amtsverrichtungen werden durch das Gesetz bestimmt.

²Es können nur vier Kreisgerichte bestehen.

³Die Richter der Amtsbezirke oder der Gemeinden und deren Ersatzmänner werden durch die Wähler des Amtsbezirkes der Gemeinde gewählt.

⁴Bei der Bildung der Amtsbezirke wird auf die Bevölkerung und die topographische Lage der Gemeinden gebührende Rücksicht genommen.

⁵Die Abstimmung findet in jeder Gemeinde statt.

Art. 64

Der Gesetzgebung bleibt es vorbehalten, ein Handelsgericht und ein oder mehrere gewerbliche Schiedsgerichte einzuführen.

Art. 65

¹Es besteht ein Verwaltungsgericht sowie ein Gericht das über Kompetenzstreitigkeiten zwischen der vollziehenden und der richterlichen Gewalt zu erkennen hat.

²Diese Gerichte werden durch eigene Gesetze organisiert.

VI. Titel: Bezirks- und Gemeindeverwaltung

I. Kapitel: Bezirksrat

Art. 66

¹Es besteht in jedem Bezirke ein auf vier Jahre gewählter Bezirksrat.

²Der Gemeinderat wählt seine Delegierten auf denselben im Verhältnis von einem auf 300 Seelen Bevölkerung.

¹Der Bruch von 151 wird für ein Ganzes gerechnet.

⁴Jede Gemeinde, welches immer ihre Bevölkerung sein mag, ernennt wenigstens einen Abgeordneten.

⁵Der Regierungsstatthalter oder dessen Substitut führt beim Bezirksrate den Vorsitz.

Art. 67

¹Der Bezirksrat schliesst die Rechnungen des Bezirkes ab und verteilt die demselben zufallenden Lasten unter die Gemeinden, unter Vorbehalt des Rekurses an den Staatsrat.

²Er nimmt alljährlich Kenntniss von dem Berichte über die Finanzverwaltung des Staates.

³Er vertritt den Bezirk und wacht im besonderen über dessen ökonomische Entwicklung und die Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte desselben.

Art. 68

Das Gesetz bestimmt die Organisation und die weiteren Amtsbefugnisse dieses Rates.

II. Kapitel: Gemeindeordnung [Ⓢ]

A. Allgemeine Bestimmungen

Art. 69 [Ⓢ]

Die Gemeinden ordnen innerhalb der Schranken der Verfassung und der Gesetze ihre Angelegenheiten selbständig. Sie sind für die Aufgaben zuständig, die örtlicher Natur sind und jene, die sie allein oder zusammen mit anderen Gemeinden lösen können.

Art. 70 [Ⓢ]

¹Die Gemeinden üben ihre Tätigkeit so aus, dass sie mit dem Gemeinwohl und dem Interesse der übrigen Gemeinwesen vereinbar ist.

²Sie führen ihre eigenen sowie die ihnen durch Gesetz übertragenen Aufgaben aus.

³Das Gemeindevermögen muss zweckmässig verwendet und sorgfältig verwaltet werden.

Art. 71 [Ⓢ]

¹Die Gemeinden können sich zur gemeinsamen Lösung öffentlicher Aufgaben zusammenschliessen. Sie bilden zu diesem Zwecke öffentlich-rechtliche mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete Verbände. Die Gemeinden können auch auf jede andere Art zusammenarbeiten. Die Grundsätze bezüglich dieser Zusammenarbeit, sowie der Gründung und der Tätigkeit dieser Gemeindeverbände werden durch das Gesetz bestimmt.

²Der Staatsrat kann unter gewissen vom Gesetz zu bezeichneten Bedingungen Gemeinden zwingen, zusammenzuarbeiten oder sich zu öffentlich-rechtlichen Verbänden zusammenzuschliessen.

Art. 72 [Ⓢ]

¹In jeder Gemeinde bestehen folgende Organe:

1. eine Versammlung der in der Gemeinde stimmberechtigten Bürger;
2. ein Gemeinderat, der von der Gemeindeversammlung gewählt wird.

²Die Gemeindeversammlung wählt aus der Mitte der Gemeinderäte einen Präsidenten und einen Vize-Präsidenten.

³Im weiteren bestimmt das Gesetz die Grundsätze der Gemeindeorganisation.

Art. 73 ⑩

¹Die Gemeindeversammlung kann, sofern die Gemeinde über 700 Einwohner zählt, einen Generalrat wählen, dessen Organisation und Befugnisse vom Gesetz bestimmt werden.

²Gegen die Beschlüsse, die der Generalrat anstelle der Gemeindeversammlung fasst, steht den Bürgern das fakultative Referendum zu. Das Gesetz regelt die Ausübung dieses Rechtes.

³Diese Bestimmungen gelten nicht für die Burgergemeinde.

Art. 74 ⑩

¹Die Gemeinden sind berechtigt, das Initiativrecht einzuführen. In den Gemeinden, die dieses Recht besitzen, können die Bürger an den Gemeinderat Initiativbegehren stellen in Form einer allgemeinen Anregung über den Erlass oder die Abänderung von Reglementen, die in die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung fallen.

²Das Gesetz regelt die Einführung und die Ausübung dieses Rechtes.

Art. 75 ⑩

¹Die Gemeinden sind innerhalb der Schranken des Artikels 69 der Aufsicht des Staatsrates unterstellt. Das Gesetz bestimmt die Art und Weise dieser Aufsicht, insbesondere was die Verwaltung betrifft. Sofern die Verfassung und die Gesetze nicht ausdrücklich etwas gegenteiliges vorsehen, beschränkt sich die Überprüfungsbefugnis des Staatsrates auf die Gesetzmässigkeit.

²Die von den Gemeinden ausgearbeiteten Reglemente müssen vom Staatsrat genehmigt werden.

³Dasselbe gilt für wichtige Vorhaben betreffend Verkauf, Tausch, Verpachtung, Teilung von Liegenschaften, Veräusserung von Vermögenswerten, Darlehen, Leistung von Bürgschaften, Erteilung und Übertragung von Wasserkraftkonzessionen.

⁴Das Genehmigungsverfahren wird durch das Gesetz geregelt.

Art. 76 ⑩ ⑪

Als Gemeinden gelten:

1. die Einwohnergemeinden;
2. die Burgergemeinden.
3. Aufgehoben.

B. Einwohnergemeinden

Art. 77 ⑩

¹Die Einwohnergemeinde besteht aus den auf dem Gemeindegebiet wohnsässigen Personen.

²Das Gebiet der Einwohnergemeinde ist unter Vorbehalt des Artikels 26 gewährleistet.

Art. 78 ⑩

¹Die Urversammlung setzt sich zusammen aus den in der Gemeinde stimmberechtigten Einwohnern.

²Sie wählt einen Gemeinderat von 3 bis 15 Mitgliedern, den Präsidenten und Vize-Präsidenten und gegebenenfalls den Generalrat.

³In den Gemeinden ohne Generalrat entscheidet die Urversammlung insbesondere:

1. über die Gegenstände, die gemäss Artikel 75 der Genehmigung des Staatsrates unterliegen;

2. über die neuen nicht gebundenen Ausgaben, deren Höhe durch die Gesetzgebung festzulegen ist und die nicht durch Anleihen gedeckt werden müssen;

3. über die Rechnung.

⁴In den Gemeinden mit Generalrat tritt dieser an die Stelle der Urversammlung und übt mindestens deren Rechte aus, ausgenommen in Wahlangelegenheiten.

⁵Das Gesetz bestimmt in beiden Fällen die weiteren Zuständigkeiten sowie die Ausübung dieser Rechte.

Art. 79 ⑩

¹Dem Gemeinderat obliegen folgende Aufgaben:

1. er besorgt die allgemeine Verwaltung der Gemeinde;
2. er entwirft die Gemeindereglemente und sorgt für deren Anwendung;
3. er sorgt für die Vollziehung der kantonalen Gesetzgebung;
4. er ernennt die Angestellten;
5. er erstellt das Budget unter Vorbehalt von Artikel 78, Absatz 2;
6. er erstellt die Rechnung.

²In den Gemeinden ohne Burgerrat, übt der Gemeinderat dessen Funktion aus.

C. Bürgergemeinden

Art. 80 ⑩

Die Bürgergemeinde ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes und hat als solche die ihr von der Gesetzgebung übertragenen Aufgaben im öffentlichen Interesse zu erfüllen.

Art. 81 ⑩

¹Die Bürgerversammlung besteht aus den Bürgern, welche im Gebiet der Bürgergemeinde ihren Wohnsitz haben. Die Gesetzgebung kann die Ausübung bestimmter Rechte auf die im Kanton wohnsässigen Bürger ausdehnen.

²Die Bürgerversammlung hat in Bürgerangelegenheiten die gleichen Befugnisse wie die Urversammlung. Sie entscheidet überdies über die Aufnahme neuer Bürger.

Art. 82 ⑩

¹Die Bürgerversammlung ist berechtigt, die Bildung eines getrennten Burgerrates zu verlangen. Dieses Begehren muss gemäss den gesetzlichen Vorschriften am Ende einer Verwaltungsperiode gestellt werden.

²Der Burgerrat besteht aus mindestens drei und höchstens neun Mitgliedern.

D. Die Kirchengemeinden

Art. 83 ⑩

Aufgehoben.

VII. Titel: Wahlmodus, Bedingungen der Wahlfähigkeit Dauer der öffentlichen Ämter

Art. 84 ⑤ ⑩

¹Der Grosse Rat setzt sich aus 130, unter die Bezirke zu verteilenden Abgeordneten und ebensovielen Ersatzmännern zusammen, die direkt vom Volke gewählt werden.

²Der Bezirk Raron, der sich aus zwei Halb-Bezirken mit eigenen Organen und Befugnissen zusammensetzt, bildet zwei Wahlkreise.

¹Die Sitze werden wie folgt unter die Bezirke und Halb-Bezirke verteilt;

Die Gesamtzahl der schweizerischen Wohnbevölkerung wird durch 130 geteilt. Der so erhaltene Quotient wird auf die nächsthöhere Zahl aufgerundet und bildet dann die Verteilungszahl. Jeder Bezirk oder Halb-Bezirk erhält sovielman einen Abgeordneten und einen Ersatzmann zugeteilt, als die Verteilungszahl in der Zahl seiner schweizerischen Wohnbevölkerung enthalten ist. Werden durch diese Verteilung nicht alle Sitze ermittelt, so fallen die verbliebenen Sitze den Bezirken und Halb-Bezirken zu, welche die grössten Zahlenresten aufweisen.

⁴Der Staatsrat setzt nach jeder Volkszählung die jedem Bezirk und Halb-Bezirk zuzuteilende Anzahl Sitze fest.

⁵Die Volksabstimmung findet in den Gemeinden statt.

⁶Die Wahlen erfolgen bezirks- und halbbezirksweise und zwar nach dem Proportional-Wahlverfahren. Die Anwendungsart dieses Grundsatzes ist durch das Gesetz bestimmt.

Art. 85

¹Der Grosse Rat, der Staatsrat, die Gerichtsbeamten, die Gemeinderäte und die Burgerräte sind für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt.

²Der Präsident und der Vize-Präsident des Staatsrates sind alljährlich einer Neuwahl unterworfen. Der Präsident kann nicht unmittelbar wieder gewählt werden.

Art. 85 bis ③

¹Die Abgeordneten auf den Ständerat werden bei der ordentlichen Gesamterneuerung des Nationalrates direkt vom Volke gewählt. Diese Wahlen erfolgen im ganzen Kanton als einziger Wahlkreis nach dem Mehrheitsystem. ④

²Die Wahl des Ständerates findet mittelst des gleichen Listenskrutiniums statt. Werden die Wahlen am bestimmten Tag nicht vollendet, so sind dieselben am darauffolgenden Sonntag wieder aufzunehmen. In diesem Falle wird das Ergebnis des ersten Wahlganges und die Wiederaufnahme der Wahlverhandlungen unverzüglich bekannt gegeben.

³Hat sich im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit nicht auf so viele Abgeordnete vereinigt, als zu wählen sind, so findet ein zweiter Wahlgang statt. In diesem zweiten Wahlgang gelten diejenigen als gewählt, welche die meisten Stimmen, und wäre es auch nicht die absolute Mehrheit derselben erhalten haben.

⁴Ist die Zahl derjenigen, welche die absolute Mehrheit erhalten haben, grösser als die Zahl der zu Wählenden, so gelten diejenigen, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben, als gewählt.

⁵Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Art. 86

¹Die Wahl der Mitglieder und der Ersatzmänner des Grossen Rates findet für jede neue Amtsperiode am ersten Sonntag März statt.

²Der neugewählte Grosse Rat tritt mit der Eröffnung der konstituierten Session in Amtstätigkeit.

Art. 87 ⑥

¹Die Gemeinde- und Bürgerwahlen finden alle vier Jahre am ersten Sonntag Dezember statt. In der Regel werden diese Wahlen nach dem Proporzsystem durchgeführt. Wenn aber mindestens der Fünftel der Wähler die Wahl nach dem Majorzsystem verlangt, so entscheidet die Urversammlung oder die Burgerversammlung durch vier Fünftel Mehrheit, ob sie dieses Wahlsystem annehmen will.

²Ist das Majorzsystem einmal eingeführt, so wird es beibehalten, bis mindestens ein Fünftel der Wähler die Einführung der Wahlen nach dem Proporzsystem verlangt.

³Das Majorzsystem gilt als eingeführt im Sinne der vorstehenden Bestimmungen für jene Gemeinden, in welchen es im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verfassungsrevision angewandt wird.

⁴Die Anwendung dieser Grundsätze wird durch das Gesetz geregelt.

⁵Die Gemeinde- und Burgerschaftsbehörden treten ihr Amt am ersten Tag des Jahres nach ihrer Wahl an.

⁶Im Falle von Einsprachen entscheidet der Staatsrat welche Behörden zu amten haben.

Art. 88 ⑦ ⑭

¹Die Bürger und Bürgerinnen üben ihre politischen Rechte mit der Erfüllung des achtzehnten Altersjahres aus.

²Alle Stimmfähigen sind in die öffentlichen Ämter wählbar.

Art. 89 ⑪ ⑮

¹Niemand kann gleichzeitig Ratsmitglied mehrerer Gemeinden sein. Diese Vorschrift gilt nicht im Verhältnis des Kirchgemeinderates zu den übrigen Gemeinderäten.

²Jeder Bürger kann nur in einer Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinde das Stimmrecht ausüben.

Art. 90¹ ⑰

¹Die Stelle eines Abgeordneten auf den Grossen Rat ist unvereinbar mit den Beamtungen und Anstellungen in den Büros des Staatsrates.

²Diese Unverträglichkeit ist auch auf die Bezirkseinnnehmer und die Betriebs- und Konkursbeamten anwendbar.

Art. 90a¹

Es können nicht gleichzeitig im Grossen Rat sitzen: der Regierungsstatthalter und sein Substitut der Einleitungsrichter und sein Ersatzmann, der Hypothekarverwalter und dessen Stellvertreter, der Einregistrierungsbeamte und sein Stellvertreter, der Zivilstandsbeamte und sein Stellvertreter.

Art. 90b¹

¹Die Amtsverrichtungen des Staatsrates sind unvereinbar mit der Ausübung des Mandates eines Abgeordneten auf den Grossen Rat.

²Die Staatsräte haben bei den Verhandlungen des Grossen Rates beratende Stimme.

³Die Amtsverrichtungen eines Staatsrates sind unvereinbar mit denjenigen eines Verwaltungsrates einer Gesellschaft, welche finanzielle Zwecke verfolgt.

Art. 90c¹

¹Die Mitglieder des Staatsrates können keine andere Kantons- oder Gemeindeanstellung bekleiden.

²Die Ausübung freier Berufsarten ist ihnen ebenfalls untersagt.

Art. 90d¹

In den eidgenössischen Räten darf nicht mehr als ein Mitglied des Staatsrates sitzen.

Art. 91 ②

¹Es können nicht zugleich im Staatsrate sitzen;
1. Ehegatten;

¹Transitorische Numerierung gemäss Beschluss des Grossen Rates vom 23. Juni 1994.

2. Verwandte oder Verschwägere in gerader Linie im ersten Grad;
3. Verwandte in der Seitenlinie bis und mit dem dritten Grad und
4. Verschwägere in der Seitenlinie im zweiten Grad.

²Diese Unverträglichkeit sind auch auf die Gemeinde- und Burgerräte sowie auf die Gerichte und Gerichtsschreiber anwendbar.

³Ehegatten und Verwandte oder Verschwägere im ersten Grad in gerader Linie können nicht zugleich im Generalrat sitzen.

Art. 92

Die Fälle des Ausschlusses vom Stimm- und Wahlrecht sind durch die Kantons- und Bundesgesetzgebung bestimmt.

Art. 93

Der Regierungsstatthalter darf keine Gerichtsbeamtungen bekleiden.

Art. 94

Die nämliche Person kann nicht zwei Ämter aus dem richterlichen oder dem Verwaltungsgebiet, deren eines dem andern untergeordnet ist, auf sich vereinigen.

Art. 95

Niemand kann zugleich Präsident und Richter derselben Gemeinde sein.

Art. 96

Niemand darf zu gleicher Zeit in der nämlichen Gemeinde Mitglied des Munizipalrates und des Burgerrates sein.

Art. 97

Kein patentierter Advokat darf Mitglied eines Gerichtes sein, noch vor dem Gerichte, bei dem er das Schreibamt versieht, einen Handel führen.

Art. 98

Das Gesetz bestimmt die andern Unverträglichkeiten und kann die Häufung (Kumulation) gewisser Beamtungen verbieten.

Art. 99

Die in der gegenwärtigen Verfassung vorgesehenen Unverträglichkeitsfälle sind auf die Substitution oder Ersatzmänner nicht anwendbar.

VIII. Titel: Revision der Verfassung

Art. 100 ¹⁶

¹Sechstausend Stimmberechtigte können die Total- oder Teilrevision der Verfassung verlangen.

²Jede Volksinitiative ist innert drei Jahren nach deren Einreichung dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten. Diese Frist kann durch einen Beschluss des Grossen Rates höchstens um ein Jahr verlängert werden.

³Der Grosse Rat stellt die Ungültigkeit einer Initiative fest, die:

1. dem Bundesrecht widerspricht;
2. mehr als eine Materie beinhaltet;
3. die Einheit der Form nicht beachtet;
4. nicht in den Bereich der Verfassung fällt;
5. nicht ausführbar ist.

Art. 101 ⑩

¹Die Initiative in Form der allgemeinen Anregung wird mit einer Stellungnahme des Grossen Rates dem Volk zur Abstimmung unterbreitet.

²Verwirft das Volk die Initiative, wird sie abgeschrieben.

³Nimmt das Volk die Initiative an, ist der Grosse Rat verpflichtet, ihr unverzüglich Folge zu geben.

⁴Bei der Ausarbeitung der von der Initiative in Form der allgemeinen Anregung verlangten Bestimmungen hat der Grosse Rat den Absichten der Initianten zu entsprechen.

⁵Das Volk entscheidet gleichzeitig, ob im Falle der Annahme der Initiative die Totalrevision durch den Grossen Rat oder durch einen Verfassungsrat durchzuführen ist.

Art. 102 ⑩

¹Die Teilrevision der Verfassung kann in Form eines ausgearbeiteten Entwurfes verlangt werden.

²Der Grosse Rat kann die Ablehnung oder die Annahme empfehlen oder einen Gegenentwurf ausarbeiten.

³Arbeitet der Grosse Rat einen Gegenentwurf aus, berät er darüber in zwei ordentlichen Sessionen. Er kann eine zusätzliche Lesung beschliessen.

⁴Nimmt der Grosse Rat einen Gegenentwurf an, werden die Stimmberechtigten eingeladen, sich auf dem gleichen Stimmzettel über folgende drei Fragen auszusprechen:

a) Wollen Sie die Volksinitiative annehmen?

b) Wollen Sie den Gegenentwurf annehmen?

c) Falls beide Vorlagen die absolute Mehrheit der Stimmenden erhalten, soll die Initiative oder der Gegenentwurf in Kraft treten?

Art. 103

¹Findet die Revision zufolge des Volkentscheides durch den Grossen Rat statt, so wird dieselbe in zwei ordentlichen Sessionen beraten.

²Findet dieselbe durch einen Verfassungsrat statt, so wird sie in zwei Lesungen beraten.

³Die Verfassungsratswahlen erfolgen auf der gleichen Grundlage wie die Wahl der Abgeordneten auf den Grossen Rat. Auf dieselben ist keiner der für die letztere vorgesehenen Unverträglichkeitsfälle anwendbar.

Art. 104 ⑩

¹Der Grosse Rat kann auch von sich aus eine Verfassungsrevision durchführen.

²Die Abänderungen bilden zuerst Gegenstand einer Lesung über die Zweckmässigkeit, gefolgt von zwei Lesungen über den Text, und zwar in ordentlichen Sessionen.

³Der Grosse Rat kann in jedem Fall eine zusätzliche Lesung beschliessen. Er kann auch verlangen, dass sich das Volk über verschiedene Varianten ausspricht.

Art. 105

Die durch den Grossen Rat oder durch einen Verfassungsrat revidierte Verfassung wird dem Volke zur Annahme oder Verwerfung unterbreitet.

Art. 106

Bei den in Vollziehung der Artikel 102 und 105 angeordneten Abstimmungen entscheidet die absolute Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Bürger.

Art. 107

¹Jedes aus einer Volksinitiative hervorgegangene Revisionsbegehren wird an den Grossen Rat gerichtet.

²Die das Begehren unterstützenden Unterschriften werden gemeinde-weise abgegeben und die Stimmberechtigung der Unterzeichner muss durch den Gemeindepräsidenten bescheinigt werden. Dieser hat sich auch von der Echtheit der ihm verdächtig scheinenden Unterschriften zu versichern.

IX. Titel: Übergangsbestimmungen

Art. 108 ¹⁶

¹Die vom Grossen Rat vor dem Datum der Inkraftsetzung der neuen Verfassungsbestimmungen angenommenen Erlasse unterliegen gemäss dem bisherigen Artikel 30 der Kantonsverfassung dem obligatorischen Referendum.

²Die bei der Staatskanzlei vor diesem Datum eingereichten Volksinitiativen unterliegen den alten Artikeln 31 bis 35 oder den bisherigen Artikeln 101 bis 107 der Kantonsverfassung.

³Der Grosse Rat ist befugt, die Reihenfolge und die Numerierung der bisherigen Artikel 49, 50, 55, 56 und 57 der Kantonsverfassung zu ändern, sofern der neue, die Unvereinbarkeiten regelnde Artikel 90 vom Volk nicht angenommen wird.

Art. 109 ¹⁶

Die bisherigen Artikel 49, 50, 55, 56, 57, 60 Absätze 2 und 3, 89 Absatz 1, 91, 93 bis 99 bleiben bis zur Annahme des vom neuen Artikel 90 Absatz 1 vorgesehenen Gesetzes in Kraft. Bis zu diesem Datum ist der Grosse Rat jedoch befugt, die Reihenfolge und die Numerierung der Artikel soweit als notwendig zu ändern.

So angenommen in zweiter Lesung im Grossen Rate zu Sitten, den 24. Juni 1993.

Der 1. Vize-Präsident des Grossen Rates: **Moritz von Werra**
Die Schriftführer: **Ig. Mengis, Cyr. Joris**

¹ Die Verfassung vom 8. März wurde mit Dekret vom 23. Mai 1907 als Staats-Grundgesetz erklärt und am 2. Juni 1907 veröffentlicht, um sofort in Kraft zu treten.
Bd. XII, 205.

Sachregister

die Ziffern verweisen auf die Artikel in der Verfassung

Alpwirtschaft

Unterstützung durch den Staat 15

Ämter

öffentliche Wählbarkeit 88

Anfrage

einfache,

- Einreichung 51

- Antwort durch den Staatsrat 54

Anregung

allgemeine 35

Anstalten

kantonale

- Errichtung 18, 19, 27

- Leistungen oder Beiträge der Gemeinden 27

- des öffentlichen Rechts, Oberaufsicht durch den Grossen Rat 40

- Aufsicht des Staatsrates 55

Arbeiterfreiheit 14

Arbeiterschutz 14

Atomanlagen

Kompetenz des Grossen Rates 38

Ausgaben

des Staates

- Referendum 31

- ausserordentliche durch den Grossen Rat 41

Bäche

Dämmung und Verbauung, kantonale Beiträge 17

Beamte und Angestellte

- Haftung 21

- Abberufung, Absetzung 22

- Festsetzung der Gehälter durch den Grossen Rat 41

- Ernennung 55

- Unvereinbarkeiten 60, 90, 98

Befugnisse

- des Grossen Rates 37-42

Begnadigungsrecht 41

Berufsausübung

- freie in Kunst und Wissenschaft 10

- Verbot für die Mitglieder des Staatsrates 56

Beschlüsse

- des Grossen Rates 42

- Vorlegung des Entwurfs 54

Beschlussfassung

im Grossen Rat 47

Betreibungs- und Konkursbeamten

- Unvereinbarkeiten 90a

Bezirke 26

- Bezirksräte 66-68

Bezirkseinsteuher

- Unvereinbarkeiten 90

Bezirkshauptorte 26

Bezirksrat 66

Bezirksverwaltung 66-68

Bodenverbesserungen

Unterstützung durch den Staat 15

Bodenzins

Verbot eines unloskäuflichen 7

Bundesverfassung

Vorbehalt zu Gunsten des Grossen Rates 38

Burgerrat 82

- Wahl 85, 87

Bürgerrecht 28

Burgerschaften

siehe Gemeinden

Burgerversammlung

- Befugnisse 81

Bürgschaften

Aufnahme 41

Dämmung

der Rhone, Bäche und Wildbäche 17

Darlehen

Aufnahme 41

Dekrete

- Referendum 31

- Inkraftsetzung, Resolutivreferendum 32

- Initiative 33

- Ausarbeitung durch den Grossen Rat 38, 42

- Lesungen 49

- Vorlegung des Entwurfs 54

Delegationsnormen 57

Departemente

Verteilung 53

Eigentumsgarantie 6

Einleitungsrichter

Unvereinbarkeit 90a

Einregistrierungsbeamte

- Unvereinbarkeiten 90a

Einwohnergemeinden 77-79

Enteignung 6

Erziehungsanstalten

für verwahrloste Kinder 18

Feuerversicherung 16

Forstwirtschaft

Unterstützung durch den Staat 15

Freiheit

persönliche 4

Gegenentwurf

- zu einer Initiative 34

- bei Verfassungsrevision 102

Gemeinden 69-82

- unentgeltliche Abtretung von Grund und Boden 6

- Einteilung 26

- Sitz einer kantonalen Anstalt 27

- Zuständigkeiten 69, 70

- Bildung von Zweckverbänden 71

- Wahl des Generalrates 73

- Einführung des Initiativrechts 74

- Burgergemeinde 80

Gemeinderat

- Wahl 72, 78, 85, 86

- Aufgaben 79

- Unvereinbarkeiten 89, 90c, 91, 95, 96

Gemeinderichter 62

- Unvereinbarkeiten 90a, 95

Gemeindeversammlung 72

- Wahl des Generalrates 73

Generalrat

- Wahl 73

- Befugnisse 78

- Unvereinbarkeiten 91

Genossenschaftswesen

Unterstützung durch den Staat 15

Gerichtsbehörden

- Obergericht durch den Grossen Rat 40

- Beziehungen zum Grossen Rat 43

- Unvereinbarkeiten 60, 91, 93, 94, 97

Gesetze

- Referendum 31

- Initiative 33

- Ausarbeitung durch den Grossen Rat 38, 42

- Lesungen 49

- Vorlegung des Entwurfs 54

Glaubens- und Gewissensfreiheit

Unverletzlichkeit 2

Gleichheit

der Bürger vor dem Gesetz 3

Grossrat

- Sitz 27

- Befugnisse 37-42

- Organisation 43-49

- Rechte 50-51

- Genehmigung von Verordnungen 57

- Wahl 86

- Unvereinbarkeiten 90, 90a, 90b

- Verlängerung der Initiativfrist 100

- Ungültigerklärung von Initiativen 100

- Gegenentwurf bei Verfassungsrevision 102

- Verfassungsrevision 103, 104

Gruppen

politische 46

Haftung

- der öffentlichrechtlichen Körperschaften für die Handlungen ihrer Agenten 21

- des Agenten gegenüber dem Gemeinwesen 21

Handels- und Gewerbefreiheit 10

Handelsgericht 64

Hausdurchsuchung 4

Hypothekarverwalter

- Unvereinbarkeiten 90a

Immobilien-Feuerversicherung 16

Initiativrecht

- der Bürger 30, 33-35

- des Grossen Rates 52

- Bericht durch den Staatsrat 54

- auf Gemeindeebene 74

Inkraftsetzung der Rechtsnormen 58

Interpellation

- Einreichung 51

- Antwort durch den Staatsrat 54

Kantonsgericht 62

- Sitz 27

- Wahl 39

- Bericht an den Grossen Rat 61

Kantonshauptort 27

Kantonsverfassung

- Ausarbeitung durch den Grossen Rat 38

- Vorlegen des Entwurfs 54

- Total- oder Teilrevision 100

Kirche

- römisch-katholische 2
- evangelisch-reformierte 2

Kliniken 19

Kommissionen

des Grossen Rates 46

Konkordate, Verträge, Vereinbarungen

- Referendum 31
- Unterbreitung durch den Staatsrat 54
- Abschluss 55

Konzessionen 41

Körperschaften,

- autonome, Oberaufsicht durch den Grossen Rat 40
- Aufsicht des Staatsrates 55

Krankenhäuser 19

Kreisgerichte 62, 63

Kultusausgaben 2

Landessprachen 12

Landwirtschaft,

- Unterstützung durch den Staat 15
- beruflicher Unterricht 15

Lehrfreiheit 13

Lesungen

der Gesetzes- und Dekretsentwürfe 49

Liegenschaften

Transaktionen 41

Magistraten

- Festsetzung der Gehälter 41

Majorzsystem 87

Meinungsausserungsfreiheit 8

Milchwirtschaft

Unterstützung durch den Staat 15

Mobiliarversicherung 16

Motion

- Einreichung 51
- Bericht durch den Staatsrat 54

Niederlassungsfreiheit

Garantie 10

Oberaufsicht

durch den Grossen Rat 40

Obstbau

Unterstützung durch den Staat 15

Öffentliche Gewalten 36

- gesetzgebende 37-51
- vollziehende 52-59
- richterliche 60-65

Öffentliche Ordnung

Gewährleistung durch den Staatsrat 56

Organisation

- des Grossen Rates 43-49
- des Staatsrats 53-59

Petitionsrecht 10

Pfarreien 2

Planung

- durch den Grossen Rat 41

Postulat

- Einreichung 51
- Bericht durch den Staatsrat 54

Präsident

- des Kantonsgerichts, Wahl 39
- des Grossen Rates, Wahl 45
- der Gemeinden 72, 78

Pressefreiheit 8

Rebbau

Unterstützung durch den Staat 15

Rechnung

- Genehmigung durch den Grossen Rat 41
- Einreichung durch den Staatsrat 54

Rechte

- der Abgeordneten 50-51

Rechte der Bürger

- Glaubens- und Gewissensfreiheit 2
- Gleichheit vor dem Gesetz 3
- persönliche Freiheit 4
- Meinungsausserung- und Pressefreiheit 8
- Petitionsrecht 9
- Niederlassungsfreiheit 10
- Vereins- und Versammlungsfreiheit 10
- freie Ausübung jeder Berufsart in Kunst und Wissenschaft 10
- Handel und Gewerbe 10
- Arbeitsfreiheit 14
- Bürgerrecht 28
- Volksrechte 30-35
- Stimm- und Wahlrecht 88
- Politische Rechte 88

Referendumsrecht

- in kantonalen Angelegenheiten 30, 31, 32
- auf Gemeindeebene 73

Regierungsstatthalter

und -vertreter 59

- Unvereinbarkeiten 90a, 93

Reglement

Erlass durch den Staatsrat 57

Religionsgemeinschaften 2

Republik

demokratische 1

Resolution

- Einreichung 51
- Bericht durch den Staatsrat 54

Richter

ordentlicher 5

Richterliche Gewalt 60-65

Schiedsgerichte 64

Schriftführer

des Grossen Rates - Wahl 45

Sessionen

des Grossen Rates 44

Sitten

Kantonshauptort 27

Souveränität 1

Spitäler

Errichtung von Bezirks- und Kreis-
spitäler 19

Staatsanwaltschaft

Wahl 39

Staatseinnahmen 23

Staatsrat

- Sitz 27
- Oberaufsicht durch den Grossen Rat 40
- Beziehungen zum Grossen Rat 43
- Wahl 52
- Organisation 53
- Befugnisse 54, 55
- Gewährleistung der öffentlichen Ordnung 56
- Anwendung der Gesetze und Dekrete 57
- Veröffentlichung der Rechtsnormen 58
- Unvereinbarkeiten 90b-91

Staatsschuld

Tilgung 25

Ständerat,

- Wahl 85bis

Steuern 24

Stimmzähler

des Grossen Rates - Wahl 45

Stimmfähigkeit 88

Strassen

Entwicklung durch den Staat 17

Teilrevision

der Verfassung, 100

- ausgearbeiteter Entwurf 102

- durch Grossen Rat 104

Totalrevision

der Verfassung 100

- durch Grossen Rat 104

Ungültigkeit

- einer Initiative 33

Unterrichtswesen

- öffentlicher Unterricht 13
- privater Primarunterricht 13
- Unentgeltlichkeit 13
- beruflicher Unterricht 15

Unvereinbarkeiten

- zum Richteramt 60
- Gemeinderat 89, 96
- Grosser Rat 90-90a
- Bezirkseinnahmer 90
- Betreibungs- und Konkursbeamte 90
- Hypothekarverwalter 90a
- Einregistrierungsbeamte 90a
- Zivilstandsbeamte 90a
- Staatsrat 90b-91
- Regierungsstatthalter 93
- Gemeinderichter 95
- Beamte 90a, 98
- Substituten und Ersatzmänner 99

Unverletzlichkeit

der Wohnung 4

Urversammlung

Befugnisse 78

Verbauung

der Bäche und Wildbäche 17

Vereinsrecht 10

Verfassung

siehe Kantonsverfassung

Verfassungsrat

bei Verfassungsrevision 101

Verfassungsrevision

100-107

Verfolgung

- gerichtliche 4
- strafrechtliche, der Abgeordneten 50

Verhaftung

- gerichtliche 4
- der Abgeordneten während den Sessionen 50

Verkehrsmittel

Entwicklung und Förderung durch den Staat 17

Veröffentlichung der Rechtsnormen 58

Verordnung

Erlass durch den Staatsrat 57

Versammlungsrecht 10

Versicherung

- Mobiliarversicherung 16
- Viehversicherung 16
- Immobilier-Feuerversicherung 16

Verwaltungsbericht

des Staatsrates 54

Verwaltungsgericht 65

Viehversicherung 16

Viehzucht

Unterstützung durch den Staat 15

Vizepräsident,

- des Kantonsgerichts, Wahl 39
- des Grossen Rates, Wahl 45
- der Gemeinden 72, 78

Volksinitiative 100

- allgemeine Anregung 101

Volksrechte 30-35

Voranschlag

- Beschliessung durch den Grossen Rat 41
- Einreichung durch den Staatsrat 43

Wahlen

- des Staatsrates 52, 85
- des Bezirksrates 66
- des Gemeinderates 72, 78, 85
- des Generalrates 73
- des Grossen Rates 84, 85, 86
- des Ständerates 85bis
- Einführung des Majorzsystems 87
- Stimmfähigkeit 88
- Unvereinbarkeiten 89-99
- Ausschluss 92

Wehrpflicht 11

Wohltätigkeitsanstalten

Unterstützung durch den Staat 18

Zivilstandsbeamte

- Unvereinbarkeiten 90a

Zweckverbände

Bildung von 71

